

Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken.

Vortragsreihe an der Humboldt-Universität: Die Berliner Universität unterm Hakenkreuz.

Vortrag zum 21.5.2003

Dr. Isabel Heinemann: Wissenschaft, Planung, Umvolkung.

Konrad Meyer und der „Generalplan Ost“

Im Januar des Jahres 1942 hielt der Berliner Agrarwissenschaftler Konrad Meyer im Harnack-Haus in Berlin einen programmatischen Vortrag. Unter dem Titel „Planung und Aufbau in den eingegliederten Ostgebieten“ entwarf er vor den Honoratioren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein Panorama der im „deutschen Osten“ zu leistenden Planungsarbeit und „völkischen Neuordnung“. Gemeint waren vor allem die neuen Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland sowie die Regierungsbezirke Zichenau und Kattowitz. Hierzu war Meyer ganz besonders berufen: Er leitete das Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik an der Universität Berlin und war Mitglied der preußischen Akademie der Wissenschaften. Seit 1939 gehörte er ferner derjenigen SS-Behörde an, welche die Koordination von Planung und Durchführung der Eindeutschung der eroberten Gebiete zur Aufgabe hatte, dem Stabshauptamt „Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums“ – kurz RKF. Dort leitete Meyer die Hauptabteilung „Planung und Boden“ und war damit der führende, von SS-Chef Heinrich Himmler persönlich bestellte Landes- und Raumplaner des SS-Imperiums.

In seinem Vortrag lieferte Meyer einen Überblick über die aktuellen Themen und Ziele der nationalsozialistischen Siedlungspolitik und Raumforschung: Ausgehend von der vermeintlichen Raumnot und der daraus resultierenden Landflucht in Deutschland forderte er eine Stärkung des deutschen Bauerntums und, damit verbunden, eine neue, „organische Volksordnung“. Diese sei zunächst im „deutschen Osten“ zu verwirklichen, wo eine neue, geburtenstarke, gesunde und wehrhafte Bauernschicht auf dem Wege von „Auslese und Zucht“ entstehen müsse. Unter der Ägide des Reichsführers-SS und nach Anordnungen des RKF habe eine komplette Eindeutschung des Ostens zu erfolgen, den nur so könne man den eroberten „Lebensraum“ dem deutschen Volk dauerhaft sichern. Mittels einer innovativen und zentralen Planung seien „gesunde“ Dörfer und Kleinstädte, eine vorteilhafte Landschaftsgestaltung und schließlich eine „artgemäße“ Kultur auf dem Lande zu schaffen – von der Anlage zentraler Orte bis hin zu Windschutzstreifen und der Konzeption des einzelnen Bauernhauses. Doch Planung alleine genüge nicht, entscheidend sei vielmehr die Einstellung der einzelnen Menschen zum Osteinsatz. Es gelte, so Meyer, „*unserem Volk*

wieder das Bewußtsein seiner ostkolonialisatorischen Mission“ zu vermitteln und „den Willen zu einem totalen Umbau und einer damit verbundenen Auflockerung unseres gesamten Volks- und Wirtschaftsgefüges in Stadt und Land“ zu wecken. Vom Einzelnen erfordere dies, so Meyer weiter, „das Bereitsein, bewußt Härten auf sich zu nehmen und immer wieder das Gesetz der völkischen Erneuerung und Aufartung so manchen privaten Lebenswünschen voranzustellen“.

Als Gegenstück zu dieser notwendigen „Erziehung der Deutschen zum Osteinsatz“ beschäftigte den Raumplaner die Frage, was mit den „fremdvölkischen Menschen“ in jenen Räumen geschehen solle. In seinem Vortrag im Harnack-Haus beschränkte sich Meyer auf die Bemerkung, man müsse der „Gefahr fremdvölkischer Unterwanderung ... mit der zahlenmäßigen Überlegenheit besseren Blutes“ begegnen, also mit einer Steigerung der Geburtenrate. In einem Artikel für die nationalsozialistische Münchner Studentenzeitung „Die Bewegung“ war Meyer kurz zuvor deutlicher geworden: „Wir müssen uns heute darüber im klaren sein, daß der Osten erst in dem Augenblick wirklich erst für alle Zeiten deutsch bleiben wird, in dem aus dem geschlossenen deutschen Siedlungsraum alles fremde Blut, das die einheitliche Geschlossenheit des grenzdeutschen Volkstums irgendwie gefährden könnte, restlos entfernt ist.“

Völkische Neuordnung und totale Eindeutschung des Ostens, zentrale Planung und Förderung des deutschen Bauerntums, Erweiterung des deutschen Lebensraums durch Kolonisation, „Aufartung“ des deutschen Volkes und Entfernung beziehungsweise „zahlenmäßige Erdrückung“ der Fremdvölkischen – dies waren die Themen des Raumforschers Konrad Meyer und die Ziele der nationalsozialistischen Siedlungspolitik – und auf diesem Fundament gründeten die verschiedenen Varianten des „Generalplan Ost“.

Im Folgenden möchte ich ihnen in drei Abschnitten einen kurzen Überblick über den Inhalt, den Kontext und die Kontinuitäten Meyerscher Planung geben. Ich widme mich zunächst der Person und Funktion Meyers im Nationalsozialismus und dem sogenannten „Generalplan Ost“. Danach geht es um das wissenschaftliche Umfeld seiner Planungen und um deren Finanzierung durch die DFG und abschließend um die Frage nach den Kontinuitäten von wissenschaftlichen Konzepten und personalen Netzwerken in der BRD.

I) Konzepte: Konrad Meyer, der RKF und der „Generalplan Ost“

Über die Person Konrad Meyers, seine Karriere im Nationalsozialismus und den Inhalt der verschiedenen Neugestaltungspläne für Osteuropa sind wir recht genau informiert. Konrad

Meyer war bereits vor seiner Berufung zum Chef der Planungsabteilung des RKF im Herbst 1939 ein bekannter Agrarwissenschaftler und Raumplaner. Geboren 1901 im niedersächsischen Salzderhelden, hatte er Agrarwissenschaften studiert und war über die Stationen Göttingen und Jena im Jahr 1934 auf den Lehrstuhl für „Ackerbau und Landbaupolitik“ an die Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin, die heutige Humboldt-Universität, gelangt. Mit Beginn des Krieges kristallisierten sich die „sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen der Agrarpolitik“ als Schwerpunkte seiner Tätigkeit heraus – im Klartext hieß das „Siedlungspolitik“ und „Schaffung einer gesunden Bodenordnung“ – so daß Meyer Anfang des Jahres 1940 seine Wirkungsstätte in „Lehrstuhl und Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik“ umbenennen ließ. Bis 1945 gehörte Konrad Meyer somit als Ordinarius und Institutsleiter der landwirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Wilhelm-Universität an.

Parallel zu seiner Universitätskarriere wurde er schon 1933 ins damalige preußische Kultusministerium berufen, als „Referent für Allgemeine Biologie, Land- und Veterinärwissenschaften“. In dieser Funktion, die er kurz darauf auch für das Reichserziehungsministerium ausübte, kümmerte sich Meyer um die Reform, den Ausbau und vor allem um die Politisierung des agrarwissenschaftlichen Studiums. Mit Rückendeckung des Reichsernährungsministers, des Reichsfinanzministers, des preußischen Finanzministers und des Präsidenten der DFG, Johannes Stark, gründete Meyer 1935 den sogenannten „Forschungsdienst“, die Reichsarbeitsgemeinschaften der Landbauwissenschaft, zu dessen Obmann er ernannt wurde. Der Grundgedanke dieses von Staat, DFG und Reichsforschungsrat geförderten Projektes war es, so Meyer später in seinem autobiographischen Lebensbericht *„die gesamten Träger der landwirtschaftlichen Forschung und Lehre in einem akademieartigen Zusammenschluß zu vereinigen“*. Diese frühzeitige Bildung eines Forschungsnetzwerkes besaß für die Bereitstellung von Ressourcen für die wissenschaftliche Beratung und Planung der nationalsozialistischen Besatzungs- und Raumpolitik eine erhebliche Bedeutung. Doch Meyer akkumulierte noch weitere Funktionen in Wissenschaft und Politik: Er war Mitarbeiter des Stabsamtes des Reichsernährungsministers und Mitglied des Reichsbauernrates. Im Zusammenhang mit Aufbau und Finanzierung des „Forschungsdienstes“ amtierte Meyer zudem vom Frühjahr bis Spätsommer des Jahres 1936 als einer der Vizepräsidenten der DFG. Von 1937 bis Kriegsende leitete er ferner die Fachsparte „Landbauwissenschaften und Allgemeine Biologie“ des Reichsforschungsrates. In dieser Eigenschaft verwaltete Meyer bereits vor dem Krieg einen Millionenetat an Forschungsmitteln, der nicht zuletzt Dank seines Engagements

bis zum Beginn des Krieges beständig erhöht wurde. Auch als Raumplaner übte Meyer bereits vor 1939 eine prägende Funktion aus: Von 1936 bis 1939 leitete er die neugegründete „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“. Diese Einrichtung sollte die interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Wissenschaftszweige im Dienste von Raumforschung und Raumordnung koordinieren und die beteiligten Wissenschaftler auf die „*Erkenntnis, Gestaltung und Entwicklung völkischer Lebensordnung*“ verpflichten. Zu diesem Zweck ließ Meyer an den Hochschulen lokale Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung und Planung bilden (1942 waren es mehr als 50 im gesamten Reichsgebiet) und begann alsbald mit der Herausgabe der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ als zentraler Publikation der Reichsarbeitsgemeinschaft.

Der Sitz der „Reichsarbeitsgemeinschaft“ – wie auch der des weiterhin von Meyer geleiteten „Forschungsdienstes“ – wurde eine von Meyer mit öffentlichen und privaten Mitteln erworbene Villa in der Podbielskiallee 25/27 in Berlin-Dahlem, der gleiche Ort, an dem 1939 die RKF-Planungsabteilung ihren Sitz nahm. Damit befanden sich die drei wesentlichen raumplanungs- und agrarwissenschaftlichen Dienststellen des Reiches ab 1939 unter einem Dach und unter Meyers Einfluss. Eine solche Machtakkumulation in der Hand einer Person war für das NS-Regime nicht ungewöhnlich, es gab sie auch in anderen politischen Bereichen. Dies war der Versuch, durch die Koordination verschiedener Institutionen – wie Ministerialbehörden, Partei, Wissenschaft, Militär – für die immensen, oft sehr kurzfristig angesetzten und mit Hochdruck zu erledigenden Arbeiten entsprechende Kompetenzstrukturen zu schaffen und Reibungsverluste zu vermeiden.

Doch Meyer war nicht nur Wissenschaftsorganisator und Multifunktionär im Bereich „Raumordnung“ und „Landwirtschaft“, er gehörte auch bereits seit 1933 der SS an. Dort holte ihn Richard Walter Darré, der Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, ob seiner fachlichen Qualifikation ins Rasse- und Siedlungshauptamt der SS. Dort bekleidete Meyer zunächst die Position eines SS-Schulungsleiters bei der 51. SS-Standarte in Göttingen. Deren ersten Sturmbann führte zu dieser Zeit kein geringerer als der spätere DFG-Präsident Rudolf Mentzel, der Meyer ab 1941 seine Forschungskredite bewilligen sollte. Mitte der dreißiger Jahre wechselte Meyer zur Zentrale des Rasse- und Siedlungshauptamtes in Berlin, aus dieser Position berief ihn Himmler im Herbst 1939 in den Stab des RKF. Wiewohl stets nur ehrenamtliches Mitglied, brachte Meyer es in der Allgemeinen SS bis zum SS-Obersturmführer (1942). Nach seinen eigenen Angaben faszinierte ihn am „schwarzen Orden“ nicht nur der Gedanke eines neuen,

blutlich bestimmten, soldatischen Adels, sondern die explizite Zielsetzung ländlicher Siedlung ebendieser politischen Führungsschicht.

Kurz nach Ende des Polenfeldzugs bekam Meyer Gelegenheit, seine Visionen von Besiedlung und Kolonisation des „deutschen Ostens“ nicht nur zu entwickeln, sondern auch im großen Stil verwirklicht zu sehen. Himmler, der neuernannte „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) beauftragte ihn mit der Erstellung eines Gesamtentwicklungsplanes zur Ansiedlung der Volksdeutschen aus dem Osten und zur Eindeutschung sowie ländlichen Besiedlung der „eingegliederten Ostgebiete“. Aus diesem Auftrag entwickelte sich die Hauptabteilung Planung und Boden unter Meyers Leitung in der neuen Dienststelle des RKF. Für den Aufbau von Meyers Planungsstab war bedeutsam, daß Himmler ihm das Privileg zugesichert hatte, sich ohne Rücksicht auf Kriegsdienstverpflichtungen seine Mitarbeiter nach Gutdünken und fachlicher Qualifikation zusammenzustellen. Meyer berief Mitarbeiter seines Berliner Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik und die Referenten des „Forschungsdienstes“ in seine neue Dienststelle, holte sich aber auch Rat bei Fachkollegen von anderen Universitäten. Damit stand ihm ein beträchtliches Reservoir an Expertenwissen für seine Planungsarbeiten zur Verfügung. Ich werde weiter unten auf die einzelnen Mitarbeiter und ihre jeweiligen Spezialisierungen eingehen, entscheidend ist hier, daß der sogenannten „Generalplan Ost“ und insgesamt die Umvolkungspläne des RKF aus einem „Think-Tank“ unterschiedlichster Fachleute hervorgingen, die unter Meyers Anleitung arbeiteten.

Das erste Resultat der Meyer'schen Planung waren die sogenannten "**Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete**" des RKF vom Jahresbeginn 1940. Sie projektierten die Eindeutschung und bodenpolitische Neuordnung der eroberten westpolnischen Gebiete durch ausgedehnte Zwangsumsiedlungen, mit denen die SS umgehend begann. Nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion war diese Selbstbeschränkung auf die Germanisierung des ehemaligen Westpolen überholt. Meyer legte dem Reichsführer-SS bereits Mitte Juli 1941 einen neuen „**Generalplan Ost**“ vor, worin er zusätzlich zur Germanisierung der annektierten westpolnischen Gebiete auch die Eindeutschung des Generalgouvernements und der östlich angrenzenden Regionen plante. Mit Rücksicht den damit verbundenen wissenschaftlichen Planungsaufwand beantragte Meyer noch im gleichen Monat bei der Universität Berlin zwei weitere planmäßige Assistentenstellen: Die Arbeiten seien ohne zusätzliches Personal nicht zu bewältigen, denn, so Meyer: „*Das von mir geleitete Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik ist heute der geistige Mittelpunkt der planungs- und siedlungspolitischen Wissenschaft.*“ Die Universität und in Sonderheit die Landwirtschaftliche Fakultät unterstützten nach Kräften den

Einsatz des rührigen Ordinarius im Rahmen der Umvolkungsplanungen der SS. So befürwortete die Fakultät im Januar 1941 den Antrag auf Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern an Meyer, da dieser „als Hauptabteilungsleiter des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums im Osten eine ungeheure Vorarbeit in Bezug auf die Planungen im Osten und für den Einsatz unserer Bauern und Soldaten im Osten geleistet“ habe.

Das Dokument, welches heute meist als „Generalplan Ost“ bezeichnet wird – sein vollständiger Titel lautete "**Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus**" – erhielt Heinrich Himmler Anfang Juni 1942 aus Meyers Abteilung. Gegenüber der Version von Juli 1941 war nun der Radius der geplanten Siedlung stark vergrößert, so daß man diesen Plan zutreffend als ersten großen Umvolkungsplan des RKF für Osteuropa bezeichnen kann. In nur 25 Jahren sollten neben den annektierten Gebieten Polens und dem Generalgouvernement auch Teile des Baltikums, der Ukraine und der Region Leningrad eingedeutscht werden. Mittel hierzu war nicht die flächendeckende deutsche Siedlung, sondern die Anlage dreier sogenannter „Siedlungsmarken“ (Memel-Narew-Gebiet, Ingermanland, Gotengau) und eine Kette von 36 Siedlungsstützpunkten als befestigte Siedlungszentren und SS- und Polizeistützpunkte (im Generalgouvernement, im Baltikum, in der Ukraine). Den hierzu benötigten insgesamt 4,8 Millionen Siedlern stellten Meyer und seine Fachleute eine gedachte Siedlerreserve von insgesamt 5,6 Millionen Menschen gegenüber. Letztere setzte sich zusammen aus „Altreichsiedlern, Volksdeutschen, germanischen Siedlern, Baltenvölkern und Goralen“.

Im Gegensatz zu den früheren Eindeutschungsentwürfen ging man nun nicht mehr von der Vertreibung der örtlichen Bevölkerung durch gewaltsame Deportationen als Grundlage der Germanisierung aus. Die Einwohner der zu besiedelnden Gebiete sollten statt dessen auf Kolchose- und Sowchoseland „umgesetzt“ werden und Besitzrechte an diesem Boden erhalten. Jedoch drohte ihnen nun Dezimierung durch immense Zwangsarbeitsprojekte und forcierte „Entstädterung“. Allein für die Region Leningrad war eine Reduktion der Bevölkerung um nicht weniger als drei Millionen Menschen vorgesehen. Dabei finden sich die Worte „Vernichtung“, „Verhungern“ oder „Sonderbehandlung“ nicht im Planungswerk – die Menschen wurde schlicht und einfach aus der Statistik herausgerechnet, ihr weiteres Schicksal nicht explizit erwähnt. Diese aseptische Nüchternheit des Dokuments erlaubte es Konrad Meyer später, die von ihm verfassten oder in Auftrag gegebenen Planungen als rein theoretische Friedens- und Wiederaufbaupläne darzustellen, ohne jede Verbindung zur NS-Vernichtungspolitik. Daß sie aber die Vernichtung der „Unerwünschten“ stillschweigend

voraussetzten, wird nur dann deutlich, wenn man die Gegenüberstellung der Ist- und Soll-Zahlen bei der Bevölkerungszahl vergleicht. Auf der Basis dieses „Generalplan Ost“ erfolgte beispielsweise die Vertreibung von etwa 50.000 Polen aus der Region Zamosc von November 1942 bis Sommer 1943, die Anlage zahlreicher SS- und Polizeistützpunkte als befestigte „Siedlungsperlen“ und die Zusammensiedlung von Volksdeutschen auf der Krim, am Schwarzen Meer und im Generalkommissariat Shitomir. Alle diese Projekte begutachtete Konrad Meyer auch vor Ort, er war eben nicht nur Ideengeber und Koordinator der Umvolkungspläne, sondern kontrollierte auch deren Umsetzung.

Nach der Lektüre dieses „Generalplan Ost“ von Juni 1942 forderte Himmler Konrad Meyer auf, das Konzept zu einer europäischen Gesamtsiedlungsplanung zu erweitern, woran die Experten der Planungsabteilung dann auch bis Kriegsende arbeiteten. Himmler verlangte einen Gesamtplan unter die Einbeziehung der eingegliederten Ostgebiete, der Gebiete Elsaß-Lothringen, Oberkrain, Südsteiermark sowie Böhmen und Mähren. Des weiteren ordnete er die vollständige Eindeutschung Estlands und Lettlands sowie des Generalgouvernements an, lediglich Litauen mit seiner stärker „minderrassigen“ Bevölkerung wurde nicht berücksichtigt. Der Besiedlungs- und Eindeutschungszeitraum sollte von 25-30 auf nur 20 Jahre herabgesetzt werden.

Die erhaltenen Fragmente dieses Planungswerkes offenbaren ein hohes Maß an Arbeitsteilung unter den Planern, welche die einzelnen Abschnitte des Konzeptes je nach ihrer Spezialisierung bearbeiteten. Doch dieser „**Generalsiedlungsplan**“ wurde nie vollendet. Die Kriegslage, der immer stärker zu Tage tretende Widerspruch zwischen Siedlerbedarf und Siedlungswilligen (ganz im Gegensatz zu den optimistischen Planungen des Generalplan Ost noch vom Juni 1942) und die Tatsache, daß den Siedlungsplanern durch die Flucht der Volksdeutschen vor der Roten Armee die Grundlage ihrer Konzepte gewissermaßen unter der Hand wegbrach, führten zur offiziellen Einstellung der Planungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1943. Allerdings wurden einzelne Teilprojekte noch bis Kriegsende fortgeführt.

Alle diese Neuordnungsentwürfe für Ost- und im Fall des Generalsiedlungsplanes für Gesamteuropa zeichnen sich, wie der polnische Historiker Czesław Madajczyk herausgearbeitet hat, durch drei gemeinsame Grundlinien aus: durch extremen Rassismus und geplante umfangreiche Deportationen "rassisch unerwünschter Menschen", durch die vorgesehene Ansiedlung von Deutschen, Deutschstämmigen und Angehörigen "germanischer Völker" und die angestrebte Versklavung der autochthonen Bevölkerung. Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der Planungen ist die Tatsache, daß die Juden allenfalls am Rande erwähnt werden. Die Experten kalkultierten nämlich, daß im Planungszeitraum von 20 bis 30

Jahren das "Judenproblem längst gelöst" wäre und die Juden mithin keine Siedlungsgebiete mehr benötigen würden.

Der "Generalplan Ost" ist seither in der historischen Forschung zu einem Symbol für den verbrecherischen Charakter der nationalsozialistischen Volkstumspolitik und insbesondere für die Skrupellosigkeit der nationalsozialistischen Experten und angeblich "unpolitischen Wissenschaftler" geworden. Doch in der "Symbolträchtigkeit" dieses Großplanes liegt auch ein analytisches Problem: Oft werden pauschal alle nationalsozialistischen Raumplanungen und "Umvolkungsentwürfe" unter "Generalplan Ost" subsumiert, wiewohl es sich bei dem "Generalplan Ost" einerseits um die Synthese einer Vielzahl von Einzelentwürfen aus der Planungshauptabteilung des RKF handelt. Andererseits existierten zusätzlich zur Expertise Meyers und seiner Mitarbeiter noch weitere, parallele und konkurrierende Pläne – man denke zum Beispiel an den „Generalplan Ost“ des RSHA von November 1941, der kühl die Vernichtung von mindestens 31 Millionen Slawen kalkulierte. Mit den Arbeiten an dem von Himmler gewünschten "Generalsiedlungsplan" bezogen sich die Planungen des RKF darüber hinaus ab Sommer 1942 explizit auf Ost- und Westeuropa. Schließlich waren die Konzepte nicht das Resultat der Aktivitäten eines einzigen Mannes, sondern fußten auf der Kombination unterschiedlichsten Expertenwissens. Den Planern, welche die Grundlagenforschung für den „Generalplan Ost“ und den „Generalsiedlungsplan“ leisteten, und der Förderung ihrer Forschungen durch die DFG widmet sich der folgende Abschnitt meines Beitrags.

II) Kontext: Konrad Meyer und die DFG: Drittmittelbasierte Ostforschung für die SS

Aus der Studie von Notker Hammerstein zur Geschichte der DFG in Nationalsozialismus und Weimarer Republik sind wir bereits über Konrad Meyers Funktion als kurzzeitiger Vizepräsident der DFG und Leiter der landwirtschaftswissenschaftlichen Fachsparte im Reichsforschungsrat informiert. Auch wird Meyers Funktion als Obmann des „Forschungsdienstes“ geschildert, jener landwirtschaftswissenschaftlichen Dachorganisation, die wesentlich durch die DFG und das Reichserziehungsministerium finanziert wurde. Dagegen erfährt man wenig über Meyers Doppelfunktion als renommierter Wissenschaftler und hochrangiger SS-Raumplaner während des Krieges, Meyers zentrale Funktion in der Raumplanungsabteilung des RKF wird kaum erwähnt. Will man jedoch die Stellung der DFG zu den verschiedenen Ostplanungsentwürfen bewerten, muß man gerade an Meyers Doppelfunktion als Wissenschaftsorganisator und Leiter der für die Ostraumplanung zuständigen SS-Institution ansetzen. Des weiteren ist die von Hammerstein mehrfach

vertretene These zu überprüfen, daß Meyer ein wissenschaftlich sauberes und Ideologie-unabhängiges Arbeiten bescheinigt werden könne.

Für seine Forschungen zu Siedlungsplanungen und Lebensraumgewinn im Rahmen der „Reichsarbeitsgemeinschaft“ erhielt der Agrarwissenschaftler bereits vor dem Krieg Gelder von der DFG und dem Reichsforschungsrat. Allerdings offenbart ein Blick in die DFG-Akten, daß das Fördervolumen, welches Meyer für eigene Projekte und solche seiner Mitarbeiter zugestanden wurde, bis 1941 recht überschaubar blieb: Von 1935 bis Mitte 1941 erhielt Meyer insgesamt 26.370 RM von der DFG, davon entfielen knapp 12.000 RM in die Zeit ab 1937, als er bereits Leiter der Fachsparte „Landbauwissenschaften und Allgemeine Biologie“ war. Von 1935 bis 1937 beschäftigte sich Meyer in seinen von der DFG in Höhe von 14.600 RM geförderten Projekten vor allem mit Fragen der Erntesicherung unter ungünstigen klimatischen Bedingungen und lag damit ganz auf der Linie der staatlichen Autarkiepolitik. Seit der Übernahme der Leitung der Fachsparte hingegen erhielt er ausschließlich Gelder für Belange der Fachsparte, von der Büroeinrichtung bis zur Hilfskraft.

Diesem doch eher bescheidenen Forschungsetat steht für die Jahre 1941 bis 1945 ein ungleich bedeutsameres Förderungsvolumen entgegen: Von Juli 1941 bis Sommer 1945 erhielt Meyer in seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptabteilung Planung und Boden des RKF nicht weniger als 510.000 RM, weitere 100.000 waren vorgesehen für das Rechnungsjahr 1945/46. Hierbei ist zunächst die schiere Höhe der Förderung von Bedeutung. Zum Vergleich: der Jahresetat von Meyers Fachsparte betrug 1939 insgesamt 2,1 Millionen Reichsmark und der DFG standen 1939 insgesamt 9 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Ferner lässt sich eine Korrelation zwischen DFG-Förderung und Genese der oben skizzierten Varianten der Umvolkungspläne nachweisen.

Zuvor ist jedoch festzustellen: Die „Planungsgrundlagen für den Aufbau der besetzten Ostgebiete“ vom Jahresbeginn 1940 und der „erste“ Generalplan des RKF vom Juli 1941 wurden nicht durch die DFG gefördert, die DFG-Förderung setzte erst später, nämlich fast zeitgleich zur Vorlage des Planes von Juli 1941 bei Himmler ein: Für das Haushaltsjahr 1941/42 wurden Konrad Meyer am 7. Juli 1941 die ersten 100.000 RM zur „Durchführung von planungswissenschaftlichen Arbeiten für den RKF, Hauptabteilung Planung und Boden“ bewilligt. Intensiv gefördert wurden indes die Grundlagenforschungen zum „Generalplan Ost“ vom Juni 1942 und insbesondere die Vorarbeiten zum „Generalsiedlungsplan“ von 1942/43. Die Förderung funktionierte folgendermaßen: Konrad Meyer erhielt jeweils die Hälfte des Jahresetats zur freien Verfügung – immerhin jährlich zwischen 40.000 und 60.000 RM. Die andere Hälfte konnte über Einzelanträge, welche Meyer dann befürwortete,

abgerufen werden. Zum Vergleich: ein promovierter wissenschaftlicher Mitarbeiter kostete 1942 rund 6.000 Reichsmark im Jahr.

Im Vorfeld der Erstellung des „Generalplan Ost“ vom Juni 1942 übernahmen zunächst Meyers Mitarbeiter aus seinem Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik Teile der Vorarbeiten, einige verpflichtete Meyer gleich für den RKF. Der Verwaltungsexperte und Landesplaner Dr. Erhard Mäding beispielsweise erstellte mit DFG-Geldern *„Statistische und verwaltungsrechtliche Untersuchungen über die Gliederung der Ostgebiete“*. Daneben zog Meyer den Juristen und ehemaligen stellvertretenden Leiter des Prager Bodenamtes Dr. Horst Bartholomeyczik zur Mitarbeit heran, ebenso den Direktor des Giessener Instituts für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Professor Max Rolfes und den Finanzexperten Prof. Felix Boesler aus Jena. Der Agrarwissenschaftler Wilhelm Zoch verfasste für den RKF eine Studie über die *„Einwirkungen der Agrarstruktur auf den Volkstumskampf in den ehemals preußischen Provinzen Posen und Westpreußen“* – er leitete später die Außenstelle der Planungsabteilung des RKF in Posen. Bis zur Vorlage des Generalplan Ost bei Himmler Ende Mai/Anfang Juni 1942 hatte die DFG also 100.000 RM für damit zusammenhängende Forschungsprojekte und Einzelanträge ausgegeben. Als Meyer seinen Generalplan Ost Ende Mai 1942 dem Reichsführer-SS übersandte, wies er ausdrücklich auf darin enthaltene Expertenwissen hin: *„Die Grundlagen dieser Vorlage sind in meinem Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik erarbeitet worden unter Mitwirkung einiger engster Mitarbeiter in der Planung und im Zentralbodenamt und unter Hinzuziehung von Professor Dr. Boesler Jena (Finanzwissenschaft).“*

Daß die Projekte der Genannten zur wissenschaftlichen Unterfütterung des Generalplan Ost vom Juni 1942 dienten, kann man auch aus Meyers Antrag für das Rechnungsjahr 1942/43 an den DFG-Präsidenten folgern. Meyer bedankte sich für die 100.000 RM-Förderung des Vorjahres, welche *„die Durchführung einer größeren Zahl planungswissenschaftlicher Arbeiten zur Festigung deutschen Volkstums“* ermöglicht hätten. Gleichzeitig erbat er eine Aufstockung des Etats auf 150.000 RM, da *„durch die wesentliche Erweiterung des Aufgabenbereiches des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (Generalgouvernement und besetzte Ostgebiete) auch der Umfang der planungswissenschaftlichen Forschungsarbeiten zwangsläufig ausgedehnt worden ist“*.

Im Rahmen des „Generalsiedlungsplanes“ ab Mitte 1942 wurden neben den bereits genannten Wissenschaftlern weitere Mitarbeiter der Planungsabteilung des RKF und Universitätswissenschaftler mit DFG-Projekten versorgt: Die RKF-Mitarbeiter Erhard Mäding, Arthur von Machui und Josef Umlauf beschäftigten sich mit den Voraussetzungen

der Siedlungsplanung im Altreich, den eingegliederten Ostgebiete und Osteuropa. Sie behandelten vor allem „volksbiologische Grundlagen“, „ländliche Neuordnung“, und „siedlungswirtschaftliche Fragen“. Franz Doubek vom RKF steuerte Kartenmaterial und „*Siedlungspolitische Untersuchungen im Bereich der rückgegliederten Gebiete, der Reichslande Böhmen und Mähren, des Generalgouvernements und des Reichskommissariats Ukraine*“ bei. Walter Christaller, bekannt durch die Theorie der zentralen Orte, erstellte Siedlungskarten für das Altreich. Der Ingenieur Joachim Schacht vom RKF untersuchte mögliche Baustoffe und Bauverfahren, andere Wissenschaftler beschäftigten sich mit den Tonvorkommen in den besetzten Gebieten und Fragen der Städteplanung. Auswärtige Gutachter wurden vor allen in Fragen der Siedlungsfinanzierung und zur Klärung der rechtlichen Grundlagen des Neuaufbaus einbezogen. Insgesamt gab die DFG für diese Forschungen RM 150.000 aus.

Auch aus den Unterlagen des RKF zum Generalsiedlungsplan geht hervor, daß eine Vielzahl Experten an diesem weitreichenden Planungswerk beteiligt waren: Die bereits genannten Finanzexperten Boesling und Rolfes wurden zu den Vorbesprechungen bei der Planungsabteilung des RKF ebenso hinzugezogen wie die RKF-Mitarbeiter Erhard Mäding, Franz Doubek, Josef Umlauf und der Architekt Udo von Schauroth. Die Inhaltsübersicht des „Generalsiedlungsplanes“ vom 9. November 1942 weist ferner aus, daß Mäding darin die Passage „Verwaltungsaufbau und Rechtsordnung“ bearbeitete, während Mäding, von Schauroth und Boesler gemeinsam den Teil „Die Durchführung der Siedlung“ – mit den Unterpunkten „Siedlung und ländliche Neuordnung, technischer Aufbau, Finanzierung“ erstellten.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß von 1941-1944 alle Mitarbeiter von Meyers Planungsabteilung zum Teil beträchtliche Summen von der DFG für ihre Grundlagenforschungen erhielten. Diese Forschungsaktivitäten gingen direkt in den „Generalplan Ost“ in seiner Fassung vom Mai/Juni 1942 und den „Generalsiedlungsplan“ ein. Die behandelten Themen zielten ausschließlich auf die Erforschung des Ostens sowie die Analyse von Siedlungsmethoden und Bautechniken. Diese Grundlagenforschung – und das steht im Gegensatz zu den Nachkriegsaussagen der Beteiligten und der Darstellung in der Forschungsliteratur – wurde jedoch auch noch nach der offiziellen Einstellung der Arbeiten am Generalsiedlungsplan Mitte 1943 fortgeführt, die letzten DFG-Bewilligungen erfolgten im Sommer 1944. Generell erteilte der DFG-Präsident seine Zustimmung zu den Sachanträgen im Rahmen des RKF-Verfügungsbetrages sehr schnell und unbürokratisch, oft bereits nach wenigen Tagen.

Die folgende Tabelle soll noch einmal Zweck und Umfang der von der DFG für Meyers Forschungen bewilligten Mittel verdeutlichen:

Bereitstellung von DFG-Mittel für Konrad Meyer (Übersicht)

I) Sachmittel von 1935-1941:

1935-1936: RM 14.600: Untersuchungen über die Sicherheit der Ernten in Deutschland und die deutsche Selbstversorgung

1937-1941: RM 11.770: Kosten der Fachsparte Landbauwissenschaft und Allgemeine Biologie des Reichsforschungsrates

Zusammen: RM 26.370 RM

II) Sachmittel für die Planungsabteilung RKF, 1941 – 1945

1941/42: RM 100.0000: „Planungswissenschaftliche Arbeiten zur Festigung deutschen Volkstums“

1942/43: RM 150.000: „Planungswissenschaftliche Arbeiten zur Festigung deutschen Volkstums“

1943/44: 130.000: „Planungswissenschaftliche Forschungsarbeiten zur Festigung deutschen Volkstums“

1944/1945: RM 130.000: „Planungswissenschaftliche Forschungsarbeiten zur Festigung deutschen Volkstums“

1945/1946: RM 100.000 (nur beantragt, nicht mehr angewiesen)

Zusammen RM 510.000

III) Sachmittel nach 1945

1958-1959: DM 4.400: „Die Veränderung der Bodennutzung und sozialräumlichen Struktur einer wachsenden Großstadt, dargestellt am Beispiel der Stadt Hannover“
(Dissertation)

Zusammen DM 4.400

GESAMTSUMME 1935-1945, 1958-1959: RM 540.770

Auch als Leiter der landwirtschaftlichen Fachsparte arbeite Meyer keinesfalls „ideologiefeln“, wie Hammerstein meinte. Er beließ es auch nicht dabei, die Fachsparte aufgabengemäß auf den „totalen Kriegseinsatz der Landwirtschaft“ auszurichten, sondern verknüpfte ihre Tätigkeit eng mit der Eroberungs- und Kolonisationspolitik der SS in Osteuropa. So kümmerte sich Meyer 1942 und 1943 um die Verwertung und Verteilung von durch die SS in der Sowjetunion geraubten Saatgutes und Pflanzenmaterials – u.a. Kulturpflanzen von der

Krim, aus dem Kaukasus und das russische Weltreichtum aus Odessa. Daneben brachte Meyer die Fachsparte auch in Fragen der Besiedlung der eingegliederten Gebiete und hinsichtlich der Neuordnung des Altreiches auf SS-Kurs. Beispielsweise ergaben Fachsparten-Besprechungen vom März 1944 den Vorschlag zur Modifikation der RKF-Anordnung über die im Warthegau zu schaffenden Betriebsgrößen der Siedler-Betriebe und eine Stellungnahme zur Neuordnung des Altreichs nach dem System der zentralen Orte. Auch im Reichssicherheitshauptamt konferierte Meyer noch im August 1944 über „*weitere Zusammenarbeit auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Forschung in den angegliederten Ostgebieten*“.

Gewiß, die Durchführung der für die Neuordnung und Germanisierung Osteuropas notwendigen Vertreibungen übernahmen die Umsiedlungsdienststellen des Reichssicherheitshauptamtes, die rassenpolitische Sortierung der Menschen führten die Rasseexperten der SS aus dem Rasse- und Siedlungshauptamt durch. Konrad Meyer lieferte mit seinem Planungsstab gewissermaßen den Masterplan für die verbrecherische Volkstumspolitik der SS in Osteuropa und kontrollierte die Siedlungsmaßnahmen vor Ort – auch wenn er dabei vielleicht nicht unbedingt selbst an Verbrechen teilnahm. Die DFG finanzierte einen Teil der Grundlagenforschung für dieses große bevölkerungspolitische Projekt des Nationalsozialismus. Daß die sogenannten „Planungsaufgaben des RKF“ auf dem Prinzip gewaltsamer Vertreibungen der jüdischen, polnischen und anderen Bevölkerung fußten, durfte DFG-Präsident Mentzel bekannt gewesen sein und ging ja auch explizit aus den Plänen hervor. Auf einen knappen Nenner gebracht: ohne die Förderung durch die DFG und die Kooperationsbereitschaft der einzelnen Wissenschaftler hätte sich weder die SS ihre Großraumplanungen in dieser wissenschaftlichen Fundiertheit leisten können, noch hätte Konrad Meyer eine solche Schlüsselposition als oberster SS-Raumplaner aufbauen können.

III) Kontinuitäten: Konrad Meyer in der BRD: Personale Netzwerke und inhaltliche Affinitäten innerhalb der Raumordnung und Landesplanung

In der DFG (als ehemaliger Vizepräsident, amtierender Fachspartenleiter des Reichsforschungsrates und Empfänger von namhaften Forschungsbudgets für die Planungsaufgaben des RKF) war Konrad Meyer ein mächtiger Mann, ebenso in seiner Eigenschaft als Planungsbeauftragter des Reichsernährungsministeriums und des RKF sowie als agrarwissenschaftlicher Multifunktionär. Doch wie sah es mit seiner wissenschaftlichen Karriere und seinen Forschungen nach dem Krieg aus?

Mit Konrad Meyers Karriere nach 1945 hat sich bislang nur Mechthild Rössler in einem kurzen Beitrag zu Meyers Anklage im Nürnberger Folgeprozess VIII befasst. In diesem sogenannten „Volkstumsprozess“, der in Nürnberg von 1947 bis 1948 verhandelt wurde stand Meyer für seine Tätigkeit als Chef der Hauptabteilung Planung und Boden gemeinsam mit anderen SS-Umsiedlungsfunktionären vor Gericht. Die Anklage legte ihm neben der Mitgliedschaft in der SS als einer verbrecherischen Vereinigung und der Teilnahme an Kriegsverbrechen unter dem Punkt „Verbrechen gegen die Menschheit“ u.a. folgende Punkte zur Last: gewaltsame Umsiedlung und Eindeutschung, Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums, Kindesdiebstahl, Zwangsabtreibungen. Das nationalsozialistische Programm der Zwangsgermanisierung der eroberten Gebiete und die Ermordung, Unterdrückung oder Eindeutschung der örtlichen Bevölkerung werteten die Nürnberger Ankläger insgesamt als „genozidale Handlungen“.

Für Meyers überraschenden Freispruch war vor allem das Vorgehen der Verteidigung entscheidend, welche mittels zahlreicher Zeugenaussagen von Mitarbeitern aus Meyers alter Dienststelle seine Raumordnungsentwürfe als reine Grundlagenforschung porträtierte. So behauptete der Verwaltungsfachmann Erhard Mäding in seiner Aussage, der sogenannte „Generalplan Ost“ der Planungsabteilung habe sich ausschließlich auf die eingegliederten Gebiete bezogen – für die Versionen von 1941 bis 1943 eine schlichte Lüge – und sie sei reine Theorie geblieben. Bei Verwirklichung hätte er, so Mäding, *„eine bedeutende Aufwertung der fraglichen Gebiete und damit eine wesentliche Verbesserung des Lebensstandards der Bewohnerschaft einschließlich der darin verbliebenen polnischen Volksteile bedeutet“*. Herbert Morgen, Meyers langjähriger Mitarbeiter aus dem „Forschungsdienst“, vom RKF und aus seinem Berliner Universitätsinstitut, betonte den idealistischen, friedfertigen und vor allem innovativen Charakter von Meyers Wissenschaft, viele seiner Forschungsergebnisse könnten bleibenden Wert beanspruchen. Sein ehemaliger Stadtplaner, Josef Umlauf, beschrieb den „Generalplan Ost“ als nicht realitätstauglichen „Wunschbildplan“, die Planungsabteilung hingegen als „wissenschaftliches Aushängeschild“ des RKF und der SS. Der RKF-Mitarbeiter Walter Christaller bezeichnete die Planungshauptabteilung sogar als Sammelbecken Oppositioneller und dezidierter Antifaschisten. Alle Zeugen verwiesen beständig darauf, daß es sich bei der Arbeit Meyers für den RKF ausschließlich um Neuordnungspläne für die Zeit nach dem Krieg gehandelt habe, die nicht einmal in Ansätzen verwirklicht worden seien.

Meyer selbst nahm diese Linie auf und berief sich in seinem Schlussplädoyer wie auch in seiner Autobiographie dezidiert auf den angeblich rein wissenschaftlichen und nicht

verbrechensrelevanten Charakter seiner Planungen. Dabei versuchte er, den „Generalplan Ost“ vom Mai/Juni 1942 als rein universitäre Studie hinzustellen: Es habe sich „um ein langfristiges Raumordnungs- und Landesentwicklungsprogramm“ gehandelt, welches „mit voller Absicht seinerzeit in meinem Berliner Universitätsinstitut in Zusammenarbeit mit einigen Wissenschaftsexperten, nicht also offiziell vom Planungsamt, erarbeitet wurde. Diese Herkunft sollte von vornherein den theoretisch-wissenschaftlichen Charakter betonen. Neben einigen Gedanken zu einer künftigen Siedlungsordnung enthielt sie vor allem Schätzungen des für den Nachkriegsaufbau erforderlichen Arbeits- und Geldaufwandes, um durch Aufzeigen einiger realer Grundlagen vor Utopien zu warnen.“ Es sei lediglich darum gegangen „die volkliche Gemengelage zwischen Deutschen und Polen durch planmäßige Umsiedlungen zu bereinigen und durch ein langfristiges Landesentwicklungsprogramm die „Teufelsgrenze“ im Osten, die immer wieder in der Geschichte Konfliktstoff geboten hatte, endgültig abzubauen“.

Aus heutiger Sicht und in Kenntnis der Pläne und der Versuche ihrer Implementierung sowie der Schriften Konrad Meyers erscheinen diese Behauptungen eindeutig als Entlastungskonstrukte und Apologie. Doch das amerikanische Militärgericht in Nürnberg folgte Meyers Argumentation und konstatierte, der „Generalplan Ost“ sei in seiner Variante vom Mai/Juni 1942 nie verwirklicht worden. Die partielle Umsetzung des Umvolkungsplanes in einzelnen Regionen und dessen prägende Wirkung ließen die Richter völlig außer acht. Am 10. März 1948 wurde Meyer in den Punkten „Kriegsverbrechen“ und „Crimes against Humanity“ freigesprochen, die Haftstrafe für seine Mitgliedschaft in der SS als verbrecherischer Organisation galt als mit Internierungszeit und Untersuchungshaft verbüßt.

Die durch das Gericht vorgenommene Trennung in die verbrecherische Volkstumspolitik der SS im Osten (für die andere zur Verantwortung gezogen wurden) einerseits und die vermeintlich unpolitische Arbeit der Raumforscher andererseits dürfte es Meyer wesentlich erleichtert haben, auch wissenschaftlich an seine Arbeit aus der Zeit vor 1945 anzuknüpfen. Allerdings verlief seine Nachkriegskarriere zunächst nicht ganz reibungslos: Nach Internierungszeit und der Periode als Häftling in Nürnberg wurde Meyer als Leiter eines Saatzuchtbetrieb in Voldagsen/Einbek bei Hannover tätig, wo sich nun auch das frühere Kaiser Wilhelm Institut für Züchtungsforschung befand. Zu diesem hatte er bereits vor 1945 in enger Verbindung gestanden. Im Wintersemester 1954 erhielt er erstmals einen Lehrauftrag an der TH Hannover, wo sein alter Kollege Heinrich Wiepking-Jürgensmann inzwischen die Fakultät für „Gartenbau und Landeskultur“ aufgebaut hatte. Wiepking war seinerzeit ebenfalls mit einem Projekt an den DFG-geförderten Grundlagenforschungen für den RKF beteiligt gewesen, d.h. die alten Netzwerke funktionierten noch, wenn auch mit gewisser zeitlicher

Verzögerung. Im Sommer 1956 wurde Meyer als ordentlicher Professor auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Landbau und Landesplanung in Hannover berufen und war somit wieder in der universitären Wissenschaft angekommen. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied der 1946 neugegründeten Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover. Dort versammelten sich einige der schon im Nationalsozialismus bedeutenden Kapazitäten für Raumplanung – ganz im Stil der alten „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“, die Meyer von 1936-39 geleitet hatte. Beispielsweise war Meyers alter Berliner Mitarbeiter, der Agrarsoziologe Herbert Morgen, ab 1966 Präsident der Akademie. Gleichzeitig knüpfte die Akademie zu Beginn der sechziger Jahre explizit und unkritisch an die Tradition ihrer Vorgängereinstitutionen, der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ an, in dem sie ihr 25-jähriges Bestehen bereits 1960, am Gründungstag der „Reichsarbeitsgemeinschaft“ (16. Dezember 1935) beging. Man beklagte lediglich, daß die Nachfolgeinstitution noch nicht die „übergeordnete und koordinierende Funktion“ der alten „Reichsarbeitsgemeinschaft“ wiedererlangt hätte. Deren Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (die erste Nummer erschien 1937) wurde unbesehen weitergeführt, sie erscheint heute, im Jahre 2003, im 61. Jahrgang. Auch in der Akademie, genau wie in seiner Fakultät, übernahm Meyer eine tragende Rolle als Wissenschaftler und Forschungsorganisator. Dazu betätigte er sich wieder als Politikberater und arbeitete beispielsweise 1966 als Landesentwicklungs-Experte für die Niedersächsische Landesregierung.

An der TH Hannover lehrte Meyer vor allem über „Landesplanung und Landespflege“, die „Bewertung landwirtschaftlicher und städtischer Grundstücke“, „Raumforschung und Planung“ sowie „Raumnutzung“. Er publizierte rege, unter anderem über ländliche Notstandsgebiete, die räumlichen Disparitäten innerhalb der EWG (1959, 1960), den „Bauern im Leitbild der Raumordnung“ (1962), die „Ordnung im ländlichen Raum“ (1964), ländliche Regionalplanung, den „Mensch[en] im Spannungsfeld der Raumordnung“ (1967), über Grundfragen von Raumforschung und Landesplanung. Daneben betreute Konrad Meyer eine ganze Anzahl von Dissertationen, unter anderem die Untersuchung seines Schülers H. Böke über „Die Veränderung der Flächennutzung und Bevölkerungsstruktur im Raum einer wachsenden Großstadt, dargestellt am Beispiel Hannover“. Dieses Projekt war das einzige, für das Meyer nach 1945 noch eine Finanzierung durch die DFG erhielt, nämlich in den Jahren 1958 und 1959 über insgesamt 4.400 DM. Dieses Projekt wurde vom DFG-Schwerpunkt Wirtschaftsgeographie gefördert, im Kontext der Vorarbeiten eines umfassenden Atlaswerkes zum Thema „Die deutsche Agrarlandschaft“. Die Frage, woher

Meyer ab 1956 statt dessen seine Forschungsgelder nahm, ist nicht ganz eindeutig zu beantworten. Vermutlich half die recht großzügige Ausstattung seiner Fakultät an der TH Hannover, höchstwahrscheinlich konnte er auch über seine Position in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Mittel mobilisieren.

Was blieb nun an Kontinuitäten zu Meyers Tätigkeit als führender Raumforscher im Nationalsozialismus? Zunächst einmal galt Meyer auch in Hannover ein Pionier seiner Zunft: Er kombinierte die bislang vor allem auf den städtischen Raum ausgerichtete Raumordnung mit der Entwicklung des ländlichen Raumes und der Landespflege. Die Aufgaben der Landesplanung beschrieb Meyer als Hochschullehrer in Hannover ganz ähnlich wie vor 1945, nur daß er nun durchgehend „Volk“ durch „Gesellschaft“ ersetzte, Anspielungen auf den rassistischen Wert des deutschen Bauern unterließ und „Lebensraum“ hinfort mit der Forderung nach Nachhaltigkeit und Naturschutz verknüpfte. Seine eingangs referierten Kernziele „völkische Neuordnung“, „Förderung des deutschen Bauerntums“ und „Erweiterung des deutschen Lebensraums“ lasen sich Ende der fünfziger Jahre folgendermaßen: erstens „Landesplanung zur Neuordnung der Boden- und Arbeitsverhältnisse“, zweitens „Aufrechterhaltung gesunder landesphysiologischer Kreisläufe“ und „Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten auf dem Land“ sowie drittens „nachhaltige Landeskultur und optimale Landnutzung“.

Aufschlussreich für die Kontinuitäten und Brüche in Meyers Denken und Arbeiten ist auch der Vergleich zweier seiner Nachkriegspublikationen. In der 1953 publizierte Studie „Nahrungsraum und Überbevölkerung“ verwandte er noch ganz explizit rassistische Stereotypen (z.B. Überlegenheit der „weißen Rasse“ und der „germanischen Völker“ im Hinblick auf ihre Kultur- und Kolonisationsleistungen) und befürwortete gigantische Landgewinnungsprojekte wie die Trockenlegung des Mittelmeeres (!). Nicht die Neuordnung deutschen Lebensraumes diente nunmehr als Argument für massive Bevölkerungsverschiebungen, sondern die Welternährungsbilanz sollte durch eine Umverteilung von Menschen in „Auffanggebiete“ entlastet werden. Knapp fünfzehn Jahre später, in einem 1967 veröffentlichten Vortrag über „Den Menschen im Spannungsfeld der Raumplanung“ war Meyer dagegen „im Westen angekommen“ und stellte den Menschen und dessen Bedürfnisse ins Zentrum seiner Überlegungen. Noch immer kämpfte er gegen „Vermassung“ und „Verstädterung“, bekannte sich aber zu einer humanen Planung, welche die Freiheit des Individuums zu respektieren habe. Der Raumplaner habe auf den „schöpferischen Ausgleich“ der Gegenwartsprobleme hinzuarbeiten und als Politikberater Überzeugungsarbeit zu leisten. Allerdings konnte Meyer sein Bedauern darüber, daß die

Raumplanung in der Demokratie eben nicht mehr alle Erkenntnisse ohne Rücksichten umsetzen könne, nicht verbergen.

Fazit: Raumforschung und Raumordnung in NS und BRD: Kontinuitäten und Brüche

1) Die Pläne und ihre Finanzierung: Konrad Meyer ist zutreffend als Herrscher über ein „wahres Wissenschaftsimperium“ beschrieben worden. Durch seine Machtposition in DFG, Reichsforschungsrat, Forschungsdienst und universitärer Wissenschaft konnte er die Expertise eines breiten Kreises von Fachwissenschaftlern (Agrarwissenschaftler, Raumforscher, aber auch Finanzexperten, Juristen und Ingenieure) in den Dienst der Neuordnung des „deutschen Ostens“ und der Urvolkungspläne für Osteuropa stellen. Die Entwürfe waren jedoch explizit für die Praxis gemacht. Dies entsprach einmal Meyers Selbstverständnis als Wissenschaftler und Praktiker. Zugleich hatte SS-Chef Himmler als Auftraggeber der Pläne – wie megaloman sie auch immer waren – dezidiert deren Realisierung im Sinn. Die nur partielle Umsetzung der Pläne während des Krieges darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ausdrücklich für die Praxis und im Hinblick auf punktgenaue Implementierung entworfen wurden. Die DFG stellte hierfür einen nicht unbeträchtlichen Teil der Finanzierung bereit.

2) Die wissenschaftliche Bedeutung der DFG-geförderten Raumforschung: Hinsichtlich des wissenschaftlichen Wertes der DFG-geförderten Raumplanungen bleibt zu betonen, daß sie keinesfalls als seriöse, ideologiefreie Forschung betrachtet werden können. In einer nach dem Führerprinzip strukturierten DFG wurde mit Meyers Arbeiten eine hoch zeit- und ideologiegebundene Grundlagenforschung finanziert. Es ist zwar richtig, daß sich in der Planungsstelle des RKF namhafte Experten versammelten, die auf dem Gebiet der Raum- und Landesplanung manche Innovation erarbeiteten, jedoch immer vor dem Hintergrund der angeblich zur Verfügung stehenden „mensenleeren Räume“. Deswegen ist es problematisch, wenn Meyer in einem 1971 erschienen Artikel rückblickend konstatierte: *“Die Begriffe Raumordnung und Raumordnung wären auch ohne das Regime der 30er Jahre geboren und politische Vokabeln geworden.”* Gewiss hätte man sich auch ohne das NS-Regime und die Besatzungspolitik des Zweiten Weltkriegs in Deutschland mit Raumplanung befaßt, nur eben nicht auf der Grundlage von Gewalt und Millionen Toten beziehungsweise Vertreibungsoffern.

3) Kontinuitäten der Planung und moderate Kurskorrekturen: Andererseits konnten Meyer und die anderen Pioniere der Raumforschung und Landesplanung nach 1945 recht unproblematisch an ihre Arbeiten aus dem Krieg anknüpfen: Sie ließen das rassistische Großraumdenken sukzessive weg und wandten sich insbesondere der Regionalplanung und

dem Naturschutz zu. Beispielsweise transformierte Meyer seine Kombination von Stadtplanung und Landschaftsgestaltung vergleichsweise bruchlos zu nachhaltigen Regionalentwicklungskonzepten in der Bundesrepublik, zu Fragen von Umwelt- und Naturschutz. Die rücksichtslose Disposition über Millionen Menschenleben, welche gemeinsam mit der Idee einer rassistischen Restrukturierung Europas bis 1945 das Grundaxiom der Neuordnungskonzepte gebildet hatte, und die Planung von Massenvertreibungen gab er statt dessen auf. Zumindest für Meyers Nachkriegsveröffentlichungen ist jedoch anzumerken, daß die Gründung der EWG gewisse Anschlussmöglichkeiten der gesamteuropäischen Planung eröffnete, nun allerdings in bescheidenerem Umfang und im Rahmen einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Leicht überspitzt könnte man folgern: Die einstigen Lebensraumkonzepte schrumpften zu Fragen der Entwicklung europäischer Regionen.